

Österreich braucht keine Abfangjäger!

- Angesichts der drängenden Probleme in unserem Land wie der Jugendarbeitslosigkeit, der steigenden sozialen Unsicherheit und der zunehmenden Umweltzerstörung, ist es nicht zu verantworten, aus Budgetmitteln mindestens fünf Milliarden Schilling in den nächsten zehn Jahren für die Beschaffung eines auch militärisch höchst umstrittenen Waffensystems zu verschwenden.

In den Zeitungen werden immer wieder Gesamtkosten von rund 1,5 Milliarden Schilling genannt. Diese Summe deckt aber nur die reinen Flugzeugkosten, dazu kommen als weitere Ausgaben: Ersatzteile, Erstmunitionierung, Pilotenausbildung, Bodenpersonal, Infrastrukturinvestitionen in Rollfeld und Typenwerft, Zölle und Abgaben, etc. Statt 1,5 werden so bis 1994 mindestens 5 Milliarden, mit Finanzierungskosten bis zu 8,84 Milliarden Schilling ausgegeben.

- Wer heute gebrauchte Kampfflugzeuge um fünf Milliarden kauft, entschließt sich damit gleichzeitig, ab 1995 Nachfolgekäufe um mehr als zwanzig Milliarden zu tätigen.

Die gebrauchten Kampfflugzeuge der 2. Generation, die gekauft werden sollen, sind in rund zehn Jahren schrottreif. Das Bundesheer plant daher heute schon eine „generelle Absichtserklärung zugunsten eines bilateralen Kooperationsabkommens für die nächste Flugzeuggeneration“ (interne Studie des BMFLV). Und diese Flugzeuge, die erst auf den Reißbrettern der Konstrukteure existieren, werden ein Vielfaches der jetzigen Abfangjäger kosten. Das Geld dafür wird vor allem aus den zivilen Bereichen des Budgets beschafft werden müssen.

- Die Stationierung von Abfangjägern schafft unzumutbare Lebensbedingungen für die betroffene Bevölkerung. Tage und Nächte voller Lärm und zusätzliche Luftverschmutzung stehen den Anrainern ebenso bevor, wie eine unsichere Zukunft als bevorzugtes Bomben- und Raketenziel.

In Zeltweg leiden die Einwohner heute schon – besonders bei Nacht – unter dem Lärm der Flugzeuge. In der Anflugschneise liegen hintereinander eine Haupt- und eine Volksschule, ein Kindergarten und ein Pensionistenheim. Das Bundesheer plant, die Landebahn bis zu 60 Meter an die Grundstücksgrenze heranzulegen, die dann in 15 Meter Höhe überfliegen werden soll.

- Das US-Verteidigungsministerium und die NATO haben schon in der Vergangenheit das Interesse deutlich gemacht, den Kauf von Abfangjägern in Österreich durchzusetzen. Ein Kleinstaat wie Österreich, der beschließt, nach dem Vorbild der Großmächte aufzurüsten, macht sich von den Lieferländern abhängig.

Von der Abhängigkeit zur Eingliederung in die Strategie eines militärischen Bündnisses ist es nur ein kleiner Schritt.

- Weder Staatsvertrag noch Neutralitätsgesetz schreiben Österreich den Kauf von Abfangjägern vor. Österreich ist auf kein bestimmtes Sicherheits- oder Verteidigungskonzept verpflichtet.

Der Staatsvertrag erlegt Österreich ausschließlich Rüstungsbegrenzungen auf. Ebenso wie das Neutralitätsgesetz enthält er nicht einmal eine Verpflichtung zur militärischen Landesverteidigung, geschweige denn zum Ankauf von Abfangjägern. Österreich ist bisher jedenfalls – auch völkerrechtlich – ohne Kampfflugzeuge ausgekommen – und das nicht schlecht.

- Das Bundesheer bereitet die Bewaffnung der Abfangjäger mit „Lenkwaffen kurzer und mittlerer Reichweite“ vor. Die Anschaffung dieser Raketen wäre ein erster Schritt zur Vorbereitung auf einen Luftkrieg und eine eindeutige Verletzung des Staatsvertrags.

Das Pflichtenheft des Bundesheeres für die Abfangjäger sieht im Punkt „Bewaffnung“ als Muß-Forderung „Vorkehrungen für Lenkwaffen kurzer bis mittlerer Reichweite“ vor. In Art. 13 Staatsvertrag (Verbot von Spezialwaffen) heißt es: „Österreich soll weder besitzen, noch herstellen, noch zu Versuchen zu verwenden: . . . c) Irgendeine Art von selbstgetriebenen oder gelenkten Geschossen, Torpedos, sowie Apparaten, die für deren Abschuß und Kontrolle dienen.“

- Der geplante Kauf von Abfangjägern spiegelt das Klima der internationalen Aufrüstung in Österreich wider. Österreich aber kann, soll und darf sich nicht dem internationalen Trend steigender Militärausgaben anschließen.

Wir brauchen keine Abfangjäger !

Weder in der Steiermark noch anderswo !

Die 24 „neuen“ Abfangjäger sollen alle in der Steiermark stationiert werden. Mittlerweile wurde zugegeben, daß auch die „alten“ Saab 105 OE bis in die Neunzigerjahre in Verwendung bleiben, und nur ein Teil von ihnen aus der Steiermark abgezogen wird.

In Graz/Thalerhof und Zeltweg werden in Zukunft mehr — und nicht, wie immer behauptet wurde, weniger Militärflugzeuge stationiert sein. Sowohl in Zeltweg als auch in Graz haben die Umweltbelastungen durch Lärm und Schadstoffe längst das erträgliche Maß überschritten. Jede zusätzliche Belastung verschlechtert die Lebensbedingungen erheblich.

Gerade unser Bundesland ist von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise schwer betroffen. Große Teile der Steiermark leiden unter der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der Abwanderung vieler Menschen. Mit den Abfangjägermilliarden könnten tausende Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen oder gefördert werden.

Helfen Sie mit, den Kauf der Abfangjäger zu verhindern! Unterstützen Sie das

Volksbegehren gegen Abfangjäger.

Für eine Volksabstimmung!

Diese Initiative wird bisher unterstützt von:

Christian Aufhauser, Doris Eisenriegler, Franz Floss, Hildegard Gross-Mayr, Ali Gronner, Hedwig Gründler, Heinz Hattinger, Hannes Hofbauer, Harald Holper, Marie Therese Kerschbaumer, Astrid Kirchbaumer (Gemeinderätin), Paul Kolm (Arbeiterkammerrat), Andrea Komlosy, Univ. Prof. Helmut Konrad, Eva Kreisky, Didi Macher, Jean Margulies, Univ. Prof. Eduard März, Peter Pilz, Thomas Pluch, Thomas Prader, Severin Renoldner, Lukas Resetarits, Jutta Sandner (Bezirksrätin), Markus Scheucher (Gemeinderat), Schmetterlinge, Kaspanaze Simma (Landtagsabgeordneter), Univ. Prof. Anton Staudinger, Erwin Steinhauer, Wolf Steinhuber, Univ. Prof. Emmerich Talos, Univ. Prof. Arno Tausch, Otto Tausig, Univ. Prof. Charlotte Teuber, Peter Turrini, H. Unger, Fritz Zaun (Gemeinderat), Andre Heller, Günter Getzinger (Vorsitzender, VSSTÖ-Graz), Univ. Prof. Dr. Dipl. Ing. Manfred Heindler, Hubert Höllmüller, Niki Gruber, Wolfgang Nagele, Dr. Norbert Rozsenich (Sektionschef), Prof. Johann Stadler, Angela Riesenfellner (»Courage gegen Mirage«) und viele andere mehr.

Kontaktadresse

„Steirisches Komitee gegen Abfangjäger“
 Büro: Rechbauerstr. 12
 ÖH-Technik
 Tel.: 7061-6101
 Mo—Fr 15.00—17.00
 Di&Do 18.00—22.00

Spendenkonto:

Österr. Credit-Institut
 Kto. Nr. 157-45479000
 (Wolfgang Gulis — „Gegen Abfangjäger“)

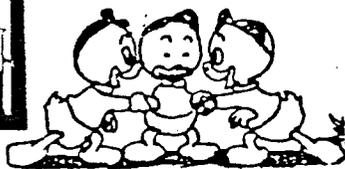
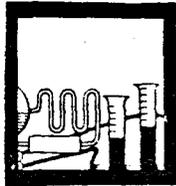
DRUCKWERK

Satz, Druck & Grafik

Druckwerk — Verein für Medienarbeit
 8020 Graz, Ungergasse 7 Telefon: 0316 / 93 70 24

Sitzungen des Komitees:

Jeden Donnerstag, 20.00 Uhr, ÖH-Technik



Hallo Chemiker/innen!

Es hat in letzter Zeit wieder einige Mißverständnisse, die das Umsteigen auf den neuen Studienplan im 2. Studienabschnitt betreffen, gegeben. Wie Ihr wißt, gibt es den neuen Studienplan für den 2. Studienabschnitt seit dem Wintersemester 1984/85. Die Studierenden, die im WS 1984/85 inskriptionsmäßig im 5. Semester waren, müssen im SS 1985 nach dem neuen Studienplan studieren. Alle, die sich bereits in einem höheren Semester befinden, können nach dem alten Studienplan weiterstudieren. Es ist für diese Studierenden allerdings

möglich (aber wahrscheinlich nicht ratsam, da man ja auch mittels Fächertausch LV, die nur im neuen Studienplan angeboten werden, eintauschen kann) sich dem neuen Studienplan zu unterwerfen.

Es werden in nächster Zeit von Euren Student/inn/en Vertreter/inn/en Fragebogen, die in der Arbeitsgruppe Chemie ausgearbeitet wurden zu Lehrveranstaltungen verteilt werden. Ihr könnt durch Eure Mitarbeit (= Ausfüllen des Fragebogens) konstruktive Kritik und Verbesserungsvorschläge anbringen.

Aus aktuellen Anlaß möchten wir darauf hinweisen, daß die Institute nicht berechtigt sind (auch nicht im 4. Stock) für beschädigte (Glas-)Geräte Geld einzuheben bzw. deren Ersatz in Form von "Naturalien"

zu verlangen. Genauso gibt es keine rechtliche Grundlage für Drohung: "...oder Sie bekommen kein Zeugnis."

Die Bereitstellung der Geräte ist Aufgabe der Institute. Schon der derzeitige Modus in den Labors des 1. Studienabschnitts von den Studierenden zu verlangen, "Verbrauchsmaterial" selbst zu besorgen, stellt eine deutliche finanzielle Zusatzbelastung dar. Auf keinen Fall dürfen diese Belastungen noch weiter erhöht werden.

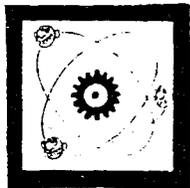
Wenn's zu obigen Schwierigkeiten oder Unklarheiten gibt, dann melde Dich in der ÖH, TU jeden Dienstat, um 19.30.

Termine:

Arbeitsgruppe Chemie: Di. 19.30

Kritische Chemie: Do. 19.30
im Bauraum der TU

Willi Preitschopf, Ingrid Brauhart



BASISGRUPPE PHYSIK

Wahrscheinlich haben einige von Euch schon die Plakate entdeckt. Es gibt jetzt eine Basisgruppe Physik. Es ist ganz wichtig, daß wir Physiker uns zusammentun um stärker und effizienter auftreten und eine aktive Studentenvertretung machen zu können. Wir wollen, daß sich etwas rührt auf der Physik, - je mehr wir sind, desto besser.

Beim ersten Treffen waren wir immerhin schon 10 Leute. Dabei sprachen wir über die Vorgangsweise und kamen auf eine sehr lange Liste von Dingen, die wir anpacken können und müssen.

Ganz aktuell ist ja der von der Stuko Techn. Physik eingerichtete Arbeitskreis "Studienreform", der zum Überdenken des Studienplanes führen soll. Da es für uns Studenten und Studentinnen natürlich äußerst wichtig, unsere Vorstellungen einzubringen. Übrigens, der Arbeitskreis ist offen für alle Interessierten.

Aus diesem Grund wollen wir uns zunächst mit dem ganzen Vorlesungsbetrieb auseinandersetzen. Was gefällt uns nicht? (oder gibt es doch etwas, was uns gefällt) Wo gibt es Probleme mit Prüfungen, Praktikum etc.? Was könnte man besser machen?



Kurz ein paar weitere Dinge, über die wir gesprochen haben: Es gibt keine Möglichkeiten für Studenten, sich irgendwo im Physikgebäude zu treffen (das Foyer ist auch nicht gerade kommunikationsfördernd); Neuauflage eines Wahlfachkataloges; Vorträge, Diskussionen, evt. eigene Lehrveranstaltung (zB. Physik und Rüstung) organisieren; bessere Unterstützung für den Möbius; Zusammenarbeit mit dem Tutorium; Prüfungsbeispiele sammeln; evt. Freifach Einführung ins Physikstudium, und, und, und, Ihr seht, es gibt genug Möglichkeiten!

Weiters soll die Basisgruppe natürlich eine Anlaufstelle für alles sein, was im täglichen Studienbetrieb nicht so richtig läuft. Schließlich müssen die Studentenvertreter in den verschiedenen Gremien wissen wo der Schuh drückt. Dazu muß natürlich der ganze Informationsaustausch besser funktionieren.

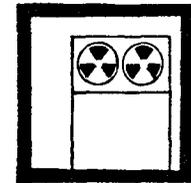
Also, für alle Interessierten, Kritischen und Frustrierten (oder die es noch werden wollen):

TREFFEN: jeden Montag 17.00 Uhr
im "Weißen Lamm"
(gegenüber dem Münzgrabenheim)

Start and keep smiling
and see you in the
Basisgruppe Physik!



Boris Papousek



A C H T U N G MATHEMATIKER

VORBEREITUNGSTREFFEN

Zwecks Einberufung einer

HÖRERVERSAMMLUNG

und Realisierung einer

B A S I S G R U P P E MATHEMATIK

Dienstag, 23. April

um 19.00 Uhr

in der ÖH im Bauraum

HÖRERVERSAMMLUNG

im Mai

wird durch Plakate
rechtzeitig angekündigt

Wüschi

THEMA:

KRIEG DER STERNE

"Ich habe Mr. Mondale gewählt, aber nicht weil ich von ihm überzeugt bin, sondern, weil mich die Demokratische Partei überzeugt hat. Ich hätte mir eigentlich Jesse Jackson als Präsidenten gewünscht".

Das hat uns Karen Talbot beim Mittagessen, kurz nach ihrer Ankunft in Graz, erzählt. Wenn man einmal von der Sprache absieht, so ist das wohl ein untrügliches Zeichen, daß man hier mit einer US-Amerikanerin spricht. Aussagen, die das Verhalten im Wahllokal betreffen sind hierzulande wohl eher eine Seltenheit. Auf die Frage, wo sie denn eigentlich wohne, meinte sie, heute wohne sie in Graz, und morgen fliege sie nach Finnland, eigentlich wohnen wir (Kinder, Ehemann) aber momentan in San Francisco, sind aber erst vor kurzem dort hingezogen, und...

"That's the American Way of live" "Live" einer UNO-Delegierten.

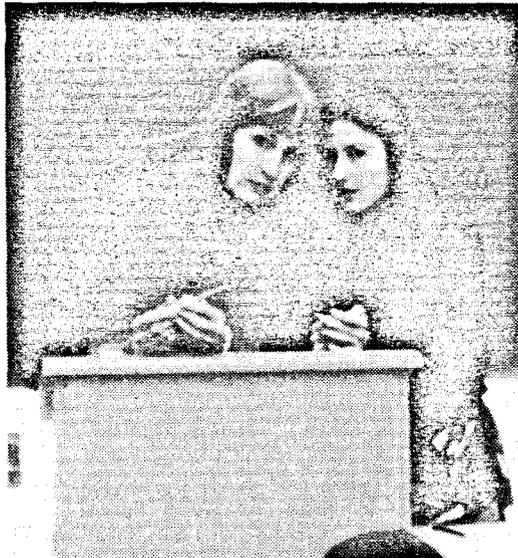
Karen Talbot war dies längere Zeit für den Amerikanischen Friedensrat, für den sie auch jetzt noch tätig ist. Die wichtigste Aufgabe dieser Organisation ist wohl Friedensforschung und aktive Friedensarbeit und natürlich die Anregung und Aufrechterhaltung eines internationalen Dialogs über Friedensfragen.

Letzteres war auch der Anlaß ihres Besuches in Österreich. In Wien fand nämlich der Internationale Wiener Dialog statt, ein Kongreß, bei dem Abgesandte aus aller Welt zusammentrafen, um gegenseitiges Verständnis und vielleicht auch Freundschaft zu schaffen. Dieses Ereignis fand leider in Österreich kein großes Presseecho, obwohl Parlamentarier sowie Bürgermeister, Vertreter sämtlicher politischer Parteien und so bekannte Persönlichkeiten wie Jesse Jackson daran teilnahmen. Wer aber Interesse hat, kann sich bei der Friedensgruppe Unterlagen besorgen.

Am Abend gab es dann eine Diskussion zum Thema "Krieg der Sterne". Es folgt jetzt eine kurze Zusammenfassung, es sei aber jetzt schon darauf hingewiesen, daß eine Tonbandaufzeichnung existiert, die ihr Euch anhören bzw. aufnehmen könnt.

Die gegenwärtige US-Administration hat großes Interesse an der Entwicklung und am Ausbau eines Schutzschildes im Weltraum, wie es ja immer heißt. Pr. Reagan behauptet, daß ähnliche Bestrebun-

gen schon seit längerem in der UDSSR bestehen, was sich nach auf Grund der schlechten Information von Seiten der sozialistischen Staaten schwer nachweisen bzw. entkräften läßt.



Allerdings hat die UDSSR bei den Verhandlungen in Genf ihren Willen am Verbot solcher Waffensysteme kundgetan, was darauf schließen läßt, daß sie noch verhindert werden können, falls die USA guten Willen zeigt.

Die Entwicklung und Produktion solcher Weltraumwaffen käme um ein Vielfaches teurer, als die von bereits erforschten Offensivwaffen. Daneben sagen kompetente Techniker von Seiten des "Department of Defence", daß eine hundertprozentige Abwehr von feindlichen Raketen schon alleine aus technischen und physikalischen Gründen unmöglich ist. Wer immer also im Bereich der Weltraumwaffen hinterherhinken wird, wird dies durch einen verstärkten Bau von offensiven Waffen ausgleichen können; ja im Sinne der Theorie des "Gleichgewicht des Schreckens" sogar müssen. Den wenn ein Staat weitgehend geschützt ist, könnte er nach dieser Theorie ungestraft seinen Gegner angreifen. Bei mehr Offen-

sivwaffen werden aber auch mehr durch die Lücken des Systems durchkommen, was wieder den "normalen Status" schafft.

Wo das hinführt, kann man sich leicht ausmalen. Die Aufrüstung würde auf allen Seiten immense Dimensionen annehmen, und schon alleine das Risiko eines Irrtums würde zu einer "guten Chance" für die Zerstörung der Welt werden.

Womöglich könnte sich dann ein allzusehr Benachteiligter gar genötigt sehen, einen Präventivschlag auszuführen; das alles trägt sicher nicht zum Weltfrieden bei, den dieses System, wie es seine Proponenten behaupten, schaffen soll.

Außerdem würden alle schon erreichten Rüstungsbegrenzungsverträge hinfällig. Sie werden schon jetzt vielfach gebrochen, mit dem Hinweis auf gegenseitige Verstöße. Bei Verlagerung auf eine neue Ebene würden sie wohl zu einem beschriebenen Blatt Papier degradiert.

Zuletzt kommen noch die schlimmen wirtschaftlichen Folgen, die wohl keiner Seite erspart bleiben würden. Die Kosten würden dermaßen explodieren, daß die anderen Staatsausgaben minimiert werden müßten, wobei zwangsläufig die sozial schwächeren ins Abseits gedrängt werden. Die Konsequenzen daraus liegen wohl auf der Hand. Die Verantwortung für eine solche Entwicklung liegt bei der heutigen Generation, denn wenn ein Geschoß einmal gestartet ist, kann es nur sehr schwer abgefangen werden.

Die Friedensgruppe

Ankündigungen:

- * Wir treffen uns jeden Donnerstag um 19.00 Uhr in der ÖH. Ihr seid herzlich eingeladen.
- * Am 18. Mai findet in Zeitweg eine österreichweite Großveranstaltung der Friedensbewegung statt, die unter anderem **Verhinderung des Ankaufs von Abfangjägern** zum Inhalt hat.



Volksbegehren gegen Abfangjäger

Seit Anfang Februar läuft das Einleitungsverfahren für das Volksbegehren gegen die Abfangjäger oder richtig Volksbegehren auf eine Volksabstimmung über den Ankauf von Abfangjägern.

Zunächst müssen 10.000 Unterstützungserklärungen von den Komitees gesammelt werden. Das Einleitungsverfahren ist dann abgeschlossen, wenn diese 10.000 oder mehr Erklärungen eingereicht werden, was an keine Frist gebunden ist. Danach wird das Volksbegehren öffentlich aufgelegt.

mit kleineren (Gericht) oder größeren Kosten (Notar) verbunden. Danach muß die Unterstützungserklärung an das Komitee geschickt werden.

(Abfangjäger-Volksbegehren-Büro, Margaretenstr. 99, 1050 Wien), sie kann aber natürlich auch in der ÖH-Technik abgegeben werden. Sind 10.000 Unterstützungserklärungen gesammelt, wird das Volksbegehren eingereicht, danach öffentlich aufgelegt. Unterschreiben dabei 10.000 oder mehr (die 10.000 aus dem Einleitungsverfahren werden eingerechnet), muß sich das Parlament mit dem Volksbegehren befassen. Dann kann die Regierung zeigen, ob sie sich über die Forderung so vieler Österreicher und Österreicherinnen hinwegsetzen will oder ob sie demokratischen Forderungen nachgibt.

Noch ein Gedankenausflug

Es ist ja bekannt, daß das ganze Abfangjägerprojekt auch bei den Militärs umstritten ist. Inzwischen hat man auch zugegeben, daß die alten Saab-Maschinen weiterhin im Einsatz bleiben. Die "neuen" alten Maschinen aber werden Österreich einen Schritt weiter in den Sog der Rüstungspirale bringen. Die dadurch steigenden Kosten für die militärische Landesverteidigung werden andere Budgets z. B. für Stipendien, Pensionen, Arbeitslosengeld, Kindergeld etc. drücken. Sicherlich muß ein Land Verteidigungsbereitschaft zeigen, was meist als 2. Argument für die Abfangjäger neben dem Staatsvertrag herangezogen wird.

Aber weder Staatsvertrag noch Neutralitätsgesetz schreiben eine militärische Landesverteidigung vor, geschweige den Ankauf von Abfangjägern oder "Lufttraumüberwachungsflugzeugen" (Alle angebotenen Typen sind echte Abfangjäger, vorgesehen für Raketenbestückung) Vorgeschrieben wird vielmehr eine Verteidigung nach Schweizer Vorbild. Das Schweizer Vorbild bedeutet, daß jeder (!) Bürger an der Verteidigung mitarbeitet. Dies geschieht in diesem Land unter anderem dadurch, daß fast jeder eine Waffe besitzt. Dies mag eine Möglichkeit sein, Verteidigungsbereitschaft zu zeigen. Aber könnte man

in Österreich nicht einen anderen Weg gehen und versuchen, ein waffenloses Verteidigungskonzept zu entwickeln, an dem jeder Österreicher beteiligt ist? Dies würde das verkümmerte Demokratieverständnis der meisten Österreicher stärken und außerdem den Zusammenhalt der Menschen fördern. Sicherlich, derzeit existiert kein derartiges gewaltloses Verteidigungskonzept, das geeignet wäre. Gerade darin liegt meiner Ansicht nach die Aufgabe der Zivildienner, auf eine solches hinzuarbeiten. Derzeit ist leider genau das Gegenteil der Fall. Zivildienner werden zur Unterstützung einer Militärischen Landesverteidigung ausgebildet. Eine waffenlose Verteidigung ist ethisch weniger bedenklich, moralisch vertretbar und menschlicher. Zudem kann sie kaum uneffektiver sein als unsere derzeitige militärische Landesverteidigung (durch die Abfangjäger wird die Effektivität auch nicht gesteigert, weswegen das Projekt innerhalb des Militärs umstritten ist).

Wir als Österreicher haben (durch die Neutralität) die Möglichkeit, einen anderen Weg zu gehen und ein Beispiel zu setzen. Das betrifft aber ein anderes Problem, zum Teil sicherlich auch das des Zivildienstes und nicht unmittelbar jenes der Abfangjäger. In dem Volksbegehren geht es rein um die Anschaffung solcher "Luftüberwachungsflugzeugen", nicht um die militärische Struktur unseres Verteidigungskonzeptes. Das Volksbegehren zielt nur darauf ab, die Gelder des Bürgers, die er als Steuern zahlt, wieder ihm zugutekommen zu lassen und sie nicht mit sinnlosen Rüstungsgütern zu verschwenden.

Österreich kann den internationalen Rüstungswettlauf nicht mitmachen, sparen wir lieber das Geld solcher Pseudoaufrüstungen. Daher ist es notwendig, daß Ihr das Volksbegehren unterschreibt, damit die Verantwortlichen dieses Staates wissen, daß die Bürger unter Demokratie mehr verstehen als alle 4 Jahre einmal zur Urne zu schreiten.

Gerald Killmann



Leider scheint dieses Volksbegehren die einzige Möglichkeit zu sein, der Regierung vehement die Ablehnung des Abfangjägerprojektes zu zeigen. Die Unterstützungserklärungen dürfen erst am Gemeindeamt des Wohnortes unter Vorlage eines Lichtbildausweises ausgefüllt werden. (In Graz ist das Magistrat zuständig, Beethovenstr. 97/T Stock/Zimmer 11). Wer nicht zu dem Gemeindeamt gehen kann, hat die Möglichkeit, die Unterstützungserklärung vor einem Notar oder einem Gericht (z. B. im Bezirksgericht in der Radetzkystraße) zu unterschreiben. Dies ist aber leider

Für eine Volksabstimmung!